

WER HAT SICH ALS PRÄSIDENT VENEZUELAS SELBSTERNANNT: JUAN GAUIDÓ ODER NICOLAS MADURO?

Pedro Pablo Peñaloza

<https://runrun.es/top-5/372830/quien-se-autoproclamo-presidente-de-venezuela-juan-guaido-o-nicolas-maduro/>

Die Lage Venezuelas ist sowohl kompliziert als auch verwickelt. Der 'Chavismo' -und seine internationale Interessengruppe/Lobby- versuchen die These der 'Selbsternennung' Juan Guaidos durchzusetzen, um ihn zu desakreditieren. Daraufhin antwortet die Nationalversammlung, dass Guaidos Vereidigung als Interimspräsidenten im Rahmen der venezolanischen Verfassung geschehen ist. Paralell zur juristischen Debate, definiert die politische Realität den Kurs einer Krise, die niemanden auf der Welt gleichgültig lässt.

Kann man Nicolas Maduro für den legitimen und verfassungsmäßigen Präsidenten Venezuelas halten?

Die venezolanische Nationalversammlung und über 50 Länder, unter ihnen die Vereinigten Staaten Nordamerikas, Kanada, die Mitglieder der Europäischen Union und die Mehrheit der lateinamerikanischen Staaten, halten die Fortdauer Nicolas Maduros an dem Präsidentenamts des Landes für illegitim und verfassungswidrig. Maduro fing am 10. Januar 2019 seine zweite Amtszeit -für sechs Jahre- mit der Unterstützung des Militärs und von Länder wie Kuba, Russland, China, Iran und die Türkei an.

Warum verkennt das Parlament und ein großer Teil der internationalen Gemeinschaft die Legitimität Maduros?

Diese zweite Amtszeit Maduros basiert auf die Ergebnisse der Wahl vom 20. Mai 2018. Diese Wahlen wurden vom Parlament und der mehrheit der westlichen Demokratien als Wahlbetrug angezeigt. Aus Protest wegen der mangelnden Garantien, haben die wichtigsten Oppositionsgruppen an der Wahl nicht teilgenommen. Die von der regierungskontrollierten Wahlbehörde registrierte Enthaltung -48%- war die bislang höchste Stimmenenthaltung an einer Präsidentschaftswahl in Venezuela. Der einzige Oppositionskandidat, der an der Wahl teilnahm, Henri Falcon, hat die Wahlergebnisse wegen der Unregelmäßigkeiten auch nicht anerkannt.

Warum wurde die Wahl vom 20. Mai 2018 als verfassungswidrig gehalten?

Die Wahl vom 20. Mai 2018 wurde von der verfassungsgebenden Nationalversammlung einberufen. Diese Institution, die vollkommen von regierungstreuen Vertretern integriert wird, wird vom Parlament und den westlichen Demokratien als illegitim und betrügerisch gehalten. Das Datum der Wahl wurde ohne die Wahlbehörde -auch von der Regierung Maduros kontrolliert- miteinzubeziehen festgelegt. Die im Wahlgesetz festgelegten Zeiten und Verfahren wurden nicht respektiert und die Verfassungsgebende Nationalversammlung erklärte die wichtigsten Oppositionsparteien als illegal. Getrübt von Unregelmäßigkeiten wie die Unfähigkeitserklärung von Oppositionspolitiker, die Zensur der Kommunikationsmedien und die Nutzung von Kontrollmechanismen wie die 'Carnets de la Patria', fiel das System, das vollkommen zum Vorteil Maduros und seiner Regierung ausgenutzt wird, auseinander.

Was hat das Parlament gemacht, um sich gegen das Streben Maduros an dem Präsidentenamt der Republik zu wehren?

Das Parlament zeigte Maduro als 'Usurpator' des Präsidentenamtes auf und hat bislang seine Aktionen auf drei Artikel der venezolanischen Verfassung basiert: 233 [über das absolute Fehlen des Präsidenten der Republik], 333 und 350 [über das zivile Ungehorsam und die Verteidigung der Verfassung].

Was steht im Artikel 233 der venezolanischen Verfassung?

Der Artikel 233 besagt: 'Wenn es vor der Vereidigung zum absoluten Fehlen des gewählten Präsidenten kommt, werden neue direkte, universelle und geheime Wahlen innerhalb der folgenden dreißig Tagen aufgerufen. Während der neue Präsident gewählt und vereidigt wird, wird der Präsident der Nationalversammlung beauftragter Präsident der Republik.' Auf diesen Artikel basierend, hat am 23. Januar 2019 Juan Guaidó die Kompetenzen des nationalen Exekutiven auf Interimbasis übernommen.

Ist es korrekt zu sagen, dass Guaidó sich als Präsident Venezuelas ,selbsternannt' hat?

Guaidó hat sich nicht als Präsident ,selbsternannt'. Im Gegenteil, mit seiner Erklärung/ Deklaration am 23. Januar hat er die Erfüllung der in Artikel 233 der Verfassung auferlegten Pflicht, nämlich die Präsidentschaft der Republik zu übernehmen, ratifiziert, da es in Venezuela keinen gewählten Präsidenten gibt. ,Um die effektive Ausübung der Präsidentschaft zu gewährleisten, muss die Nationalversammlung - als einzige gewählte Behörde in Venezuela - alle Maßnahmen zur Beendigung der Usurpation des Präsidentenamtes vorschreiben', argumentierte der Anwalt José Ignacio Hernández, Professor für Verwaltungs- und Verfassungsrecht, in einem auf dem Portal Proavinci.com veröffentlichten Artikel.

Kann Guaidós Eid auch dann gelten, wenn er in einer öffentlichen Versammlung und nicht im Bundeshaus durchgeführt wird?

Professor Hernández antwortet, dass nach der venezolanischen Verfassung die Autorität des Parlamentschefs, von Rechts wegen anwendbar ist. Das heißt, dass keine Formalitäten eingehalten werden müssen, da nur dadurch gewährleistet wird, dass zumindest auf juristischer Ebene administrative Kontinuität herrscht. ' Aus diesem Grund betont der Akademiker, dass Guaidó ‚sich nicht ‚selbsternannt‘ hat. In der Tat hat der Präsident der Nationalversammlung ausdrücklich seine Bereitschaft bekräftigt, sich an das zu halten, was ihm die Verfassung Venezuelas auferlegt, nämlich den Titel des beauftragten Präsidenten anzunehmen, immer im Einklang mit den Beschlüssen, die die Nationalversammlung zur Sicherstellung der Beendigung der Usurpation diktiert.

Was verfolgt Guaidó mit seinem Eid?

Guaidó hat betont, dass das Parlament einen Plan mit drei Schritten hat: Beendigung der Usurpation, Übergangsregierung und freie Wahlen.

Hat Maduro die Formalität des Eides erfüllt?

Nicht ganz. Wie bereits gesagt, wird er nicht als „gewählter“ Präsident anerkannt, da sein Mandat von einem betrügerischen Prozess ausgegangen ist. Darüber hinaus schreibt die Verfassung vor, dass der gewählte Präsident einen Eid vor dem Parlament ablegen muss, und fügt hinzu: ‚Wenn der Präsident der Republik aus irgendeinem Grund seinem Eid nicht vor der Nationalversammlung abnehmen könnte, wird er dies vor dem Obersten Gerichtshof tun.‘ Maduro ging schließlich an den Obersten Gerichtshof, der vom Chavismus verwaltet wird. Seit 2016 hat er mehr als 70 Urteile erlassen, die alle Befugnisse und Kompetenzen der Legislative aufgehoben haben.

Findet die gesamte venezolanische Krise in ihrer Verfassung eine Erklärung?

Nein. Um diese beispiellose Situation zu verstehen, müssen wir zunächst den politischen Kontext Venezuelas analysieren. Nach dem überwältigenden Sieg der Opposition bei den Parlamentswahlen vom 6. Dezember 2015, mit dem sie die qualifizierte Mehrheit (2/3) der Kammer erreichte, ergriff Maduro eine Reihe von Maßnahmen, um den Willen des Volkes zu umgehen und die Autorität des Parlaments zu untergraben. Erstens änderte er die Zusammensetzung des Obersten Gerichtshofs, um seine Kontrolle zu gewährleisten. Dann hoben diese als „express“ bezeichneten Richter, aufgrund von Unregelmäßigkeiten bei der Ernennung, die Proklamation von drei Oppositionsabgeordneten auf und blockierten so die von der Opposition eroberten Zweidrittelmehrheit. Der Todesschlag fand Mitte 2016 statt, als der Oberste Gerichtshof das Parlament als ‚missachtende Gewalt‘ erklärte und verkündete, dass alle seine Handlungen „offensichtlich verfassungswidrig und daher absolut null und nichtig“ seien.

Maduro hat das Parlament liquidiert?

In der Praxis, ja. Zu diesem Zweck wurde der Oberste Gerichtshof und seit August 2017 die Verfassungsgebende Nationalversammlung, vom Parlament und den westlichen Demokratien als unrechtmäßig und betrügerisch eingestuft, verwendet. Das Regime hat nicht nur durch Dekreten regiert, sondern de facto die parlamentarische Immunität beseitigt, was dazu geführt hat, dass mehrere Gesetzgeber festgenommen und körperlich angegriffen und ins Exil gezwungen wurden. Der Abgeordnete Juan Requesens ist seit August 2018 im politischen Polizeigefängnis eingesperrt und wird beschuldigt, an einem mutmaßlichen Attentat auf Maduro teilgenommen zu haben. Trotz dieser Angriffe arbeitet das Parlament weiterhin mit internationaler Anerkennung.

Hat man versucht die Krise politisch und durch Wahlen zu lösen?

Die Opposition förderte 2016 ein Referendum, das vom Maduro-Regime blockiert wurde. Die Schließung dieser Wahlroute und die Offensive gegen das Parlament lösten 2017 eine Protestwelle aus, die mit etwa 140 Toten und Hunderten von Gefangenen endete. Maduro erfüllte sein Versprechen, die Revolution zu radikalisieren, und erzwang die Verfassungsgebende Nationalversammlung. Diese nahm Generalstaatsanwältin Luisa Ortega Díaz ab, die wegen der Entscheidung des Obersten Gerichtshofs, die Befugnisse des Parlaments zu übernehmen, sich vom Chavismo getrennt hatte. Mit Hilfe der Judikativen, des Nationalen Wahlrates, und der Verfassungsgebenden Nationalversammlung hat das Regime die wichtigsten Oppositionsführer und -parteien disqualifiziert und verboten.

Warum versuchen Regierung und Opposition sich nicht zu verständigen?

Die Parteien nahmen an einem Verhandlungsprozess in der Dominikanischen Republik teil, der im Januar 2018 mit einem donnernden Misserfolg endet. Die Opposition machte Maduro dafür verantwortlich, wegen seiner „Weigerung, Garantien zu gewähren, die für faire Präsidentschaftswahlen notwendig sind“. Nach dem Zusammenbruch der Gespräche, an denen sich mehrere Länder Lateinamerikas beteiligten, löste das Regime eine Verfolgung gegen den Chef der Oppositionsdelegation aus, der Stellvertreter Julio Borges, der in Kolumbien Zuflucht suchte. Daraufhin rief die Verfassungsgebende Versammlung Wahlen für Mai 2018 auf.

Nun, hat Venezuela jetzt zwei Präsidenten?

Abgesehen von der Verfassungsdebatte, hält sich Maduro mit Unterstützung der Streitkräfte, der vom Regime kontrollierten Institutionen und Ländern wie Kuba, Russland, China, Iran und der Türkei im Miraflores-Palast. Guaidó seinerseits wurde als Interimspräsident Venezuelas vereidigt und wird vom Parlament, den Vereinigten Staaten, Kanada und mehreren Regierungen Lateinamerikas und Europas unterstützt. Jeder Spieler bewegt seine Steine auf einem politischen Brett, das im Kampf um die Macht in Venezuela globale Dimensionen erreicht hat.